

Vorwort

Von Mechthild Schrooten
*Professorin für Volkswirtschaftslehre
an der Hochschule Bremen**

Wissenschaft ist wichtig. Ihre Ergebnisse gehen alle etwas an. Die Wirtschaftswissenschaft beispielsweise bietet Entscheidungshilfen in komplexen Situationen. Das Buch von Herbert Storn setzt an diesem Punkt an und greift nahezu alle Schnittstellen zwischen Wirtschaftswissenschaft und Politik auf. Damit alle etwas von der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung haben, müssen die Ergebnisse verständlich kommuniziert werden.

Da verwundert es nicht, dass dieses Werk an vielen Stellen auch auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zurückgreift. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik legt seit mehr als 40 Jahren immer zum 1. Mai ein MEMORANDUM vor. Das MEMORANDUM macht jedes Jahr klar, dass es nachhaltige und soziale Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik gibt. Immer mehr Menschen sind der Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann.

Das gilt beim Thema Armut, bei der Pflege, bei der Bildung, bei der Nachhaltigkeit, Klima und vielen weiteren Politikbereichen. Im Mittelpunkt stehen also verteilungspolitische Fragen. Die grundlegende These ist: Es könnte uns allen so viel besser gehen, wenn wir nur anders handeln würden. Aber warum wird entgegen aller Erkenntnis auf ein »Weiter so« gesetzt? Die Politik konserviert sich derzeit selbst. Frische Gedanken fehlen an allen Ecken und Enden.

Dabei lässt sich erkennen, dass Deutschland in seiner wirtschaftspolitischen Ausrichtung seit Jahren auf eine gezielte und massive Umverteilung zugunsten des nationalen und internationalen Kapitals setzt. Das ist heute weitgehend unstrittig – auch in neoliberalen Kreisen. Deutsche Lohnzu-

rückhaltung hat zu Wettbewerbsvorteilen in der Eurozone geführt; sie hat auch die Entstehung von dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschüssen alimentiert. Es ist ein großes Missverständnis, diese Überschüsse als einen Indikator für Wettbewerbsfähigkeit zu begreifen. Faktisch sind dauerhaft hohe Leistungsbilanzüberschüsse ein Warnsignal. Hier stimmt etwas nicht. Hier wird dauerhaft mehr produziert als verbraucht. Schon aus ökologischer Sicht stellt sich die Frage, wo liegt der Sinn?

Schlimmer aber noch ist, dass dieses einfache Modell des Exportüberschusses inzwischen selbst ein Exportgut ist. Alle wollen am internationalen Markt ihr Glück suchen. Dazu kommt, dass die deutsche Politik nicht nur Hartz IV, sondern auch die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte erfunden hat. Dieses Gefüge von binnenwirtschaftlicher Beschränkung und außenwirtschaftlicher Expansion ist fatal. Bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen gibt es in Deutschland erhebliche binnenwirtschaftliche Bedarfe, die nicht einmal ansatzweise zufriedenstellend und angemessen befriedigt werden können. Dieses Gefüge kommt nicht vom Markt – dieses Gefüge geht auf politische Entscheidungen zurück.

Herbert Storn erklärt, dass wirtschaftspolitische Entscheidungen eine bessere Welt schaffen könnten. Tatsächlich ist es wichtig, über Wirtschaft und Politik fundiert zu schreiben, zu lesen und zu diskutieren. Die Zukunft können wir nicht den internationalen Konzernen überlassen. Das ist eine harte Aufgabe, denn es ist klar, dass die Zukunftsorientierung eine Transformation der Gesellschaft erfordert.

Ich wünsche dem Buch eine große Resonanz!

Mechthild Schrooten

*Prof. Dr. Mechthild Schrooten hat gemeinsam mit Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup als Sprecherteam der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW e.V.) am 29.4.2019 in Berlin das MEMORANDUM 2019 »Klimakollaps, Wohnungsnot, kriselnde EU – Alternativen der Wirtschaftspolitik« präsentiert.

Einleitung

»AMERICA FIRST« – dieser von US-Präsident Trump auf jeder Silbe betonte und mehrfach wiederholte Schlachtruf seiner Reden ist bereits eine Art Markenzeichen der US-Politik geworden. Interessanterweise war dieser Slogan von Trump nicht wie gewohnt militärisch gemeint, sondern ökonomisch – wenn auch gerade in den USA beides enger miteinander verknüpft ist als in anderen westlichen Staaten. Und dieses ökonomische Mantra eines neuen Protektionismus verschaffte ihm vermutlich auch die nötigen Wählerstimmen. Inzwischen wird diese Wirtschaftspolitik allerdings zur Führung von Wirtschaftskriegen verwandt.

In der bundesdeutschen Politik-Prominenz dient Trumps Slogan dagegen als Projektionsfläche für das, was man angeblich auf gar keinen Fall will, als hilfreiches Abgrenzungsbeispiel von einer Politik, für die man hierzulande wahrlich nicht stehen will, nämlich den nationalen Vorteil über alles zu stellen. Vielleicht auch deswegen, weil dieser Slogan im ersten Vers der deutschen Nationalhymne – immerhin bis 1991 geltender Bestandteil derselben, wenn auch aus den offiziellen Anlässen verbannt – schon genug Unheil angerichtet hat: »Deutschland, Deutschland, über alles...«

Freihandel und die damit verbundene positive Konnotation, Beseitigung von Handelshemmnissen jeder Art, das symbolisiert die offizielle deutsche Politik. Und in diesem Rahmen kann Deutschland die Rolle eines GER-MANY FIRST voll ausleben, in Gestalt des Exportweltmeisters nämlich, der alle anderen Nationen in den Schatten stellt. Kai Eicker-Wolf bezeichnet in WIRTSCHAFTSWUNDERLAND die Außenhandelspolitik Deutschlands als »neo-merkantilistisch«¹. Er schränkt allerdings ein:

Neu ist die hier als merkantilistisch bezeichnete wirtschaftspolitische Orientierung nicht, vielmehr ist sie eine Konstante in der wirtschaftlichen Geschichte der Bundesrepublik seit ihrer Gründung: So weist die (west-)deutsche Handelsbilanz seit dem Jahr 1952 (!) ein positives Vorzeichen auf, und auch die Leistungsbilanz war in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik positiv.²

Inzwischen schlägt dieser Überschuss alle bisherigen Rekorde. Angela Merkel kann sich zugutehalten, dass sie die Vorlagen ihrer rot-grünen Vorgängerregierung gut genutzt und die einseitige deutsche Wettbewerbsposition in ihrer Amtszeit deutlich ausgebaut hat. Stephan Hebel vermerkt in seiner »Bilanz«³ eine Steigerung der Exportüberschüsse von 158 Milliarden Euro zu Beginn (2005) auf 245 Milliarden Euro gegen Ende ihrer Kanzlerschaft (2017). Das sind immerhin 55 Prozent mehr in zwölf Jahren.

Da ist es kein Wunder, dass das Verständnis, sollten es andere Staaten je wirklich aufgebracht haben, dahinschwindet und in zunehmend aggressive Töne umschwenkt. Denn mit einer solchen Exportüberschuss-Politik lebt Deutschland im Inneren »unter seinen Verhältnissen«⁴ und nach außen auf Kosten und zu Lasten anderer Staaten.

Von Macron über Lagarde (IWF) zu Trump, vom amerikanischen Finanzminister über den italienischen Premierminister bis zum Chef der EU-Kommission – sie alle werfen der größten Volkswirtschaft in Europa schon seit Jahren vor, dass sie immer mehr exportiert und immer weniger importiert. »Mit ihren Exportüberschüssen mache die Bundesrepublik den übrigen Europäern das Leben schwer – ja, so lautet vor allem der Tadel der Amerikaner und des IWF: Deutschland gefährde damit die Stabilität der Weltwirtschaft« (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 14. November 2013).

Das deutsche Wirtschaftsmodell steht am Pranger. Der amerikanische Ökonom Paul Krugman attackiert dieses deutsche Wirtschaftsmodell schon seit Jahren. Hans-Werner Sinn kommt als Ökonom zwar aus einer ganz anderen Ecke als Krugman – doch auch er kritisierte in seinem Best-

seller BASAR-ÖKONOMIE bereits im Jahr 2005 den »pathologischen Exportboom« der Deutschen.

Die Kritik am deutschen Wirtschaftsmodell ist also nicht neu. Doch noch nie wurde sie derart massiv vorgetragen wie in diesen Tagen.

Und nicht von ungefähr hat die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (MEMORANDUM-Gruppe) in ihrem Gutachten von 2017 den vielsagenden Titel »Statt ›Germany first‹: Alternativen für ein solidarisches Europa« gewählt.

Warum diese einseitige Ausrichtung so sehr die Agenda der deutschen Politik bestimmt, unter welcher Verklärung dies erfolgt, warum man dies gerne, wenn es kritisch wird, unter der Decke halten würde und vor allem welche dramatischen Folgen diese (Wirtschafts-)Politik auch im Inland hat – bis hin zur massiven Bedrohung von Rechtsstaat und Demokratie – soll im Folgenden dargestellt werden.

Ich knüpfe dabei an mein Buch MIT DEMOKRATIE ERNST MACHEN – FÜR EINE RADIKALE ÖKONOMISCHE AUFKLÄRUNG an, in dem diese Gedanken bereits skizziert sind.

Herbert Storn, August 2019



Quelle: lobbycontrol Januar 2019, <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Bundestag-DerDeutschenWirtschaft-661x240c.jpg>